

Zu wenig Integration

ASTI zeigt sich enttäuscht von Koalitionsprogramm

LUXEMBURG
CLAUDE KARGER

Seit nunmehr fast 40 Jahren macht sich die „Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés“ für Aufnahme, Begleitung und Integration von Ausländern stark und hat im Wahlkampf stets ihre Forderungen und Empfehlungen an die Parteien gerichtet und an den Regierungsbilder übermittelt. So war es auch in diesem Jahr.

Allerdings bedauerte die Vereinigung gestern bei einer Pressekonferenz am Internationalen Tag der Migranten, dass ihre Vorschläge im Koalitionsprogramm kaum berücksichtigt wurden. „In dem Programm über 235 Seiten ist nur eine der Integration gewidmet“, beanstandete ASTI-Präsidentin Laura Zuccoli, „die Regierung meint wohl, alles sei in puncto Integration in Butter, das ist es längst nicht“.

Die ASTI hätte sich etwa gewünscht, dass die Regierung die politische Partizipation der Nicht-Luxemburger verbessert indem sie diese zum Beispiel automatisch auf die Wählerlisten bei Lokal- und Europawahlen einschreibt und die erforderlichen Residenzklau-seln weiter reduziert.

Ein „Zesummeliewensdësch“

Bei der ASTI verstehe man, dass das Referendum von 2015 einen „Knacks“ bei der Debatte zur Ausdehnung der politischen Beteiligung von Nicht-Luxemburgern nach sich gezogen habe, allerdings sei die Frage des „demokratischen Defizits“ in einem Land, in dem bald weniger als die Hälfte der Bevölkerung das Parlament wählt, nicht vom Tisch. A propos Tisch: Die ASTI möchte nach dem Vorbild des im Koalitionsprogramm angekündigten „Bildungsdësch“ auch einen „Zesummeliewensdësch“, an dem alle betroffenen Akteure über neue Wege der Integration diskutieren könnten.

Zu den Akteuren an diesem Tisch müssten laut ASTI übrigens auch Vertreter der rund 200.000 Grenzgänger gehören, die jeden Tag zur Arbeit nach Luxemburg pendeln. Sie stellen mittlerweile 48 Prozent der Beschäftigung im Land und müssten demnach auch mehr eingebunden werden. Auch über Diskriminierung von Nicht-Luxemburgern, die immer noch präsent sei. Hier hatte die ASTI die Schaffung eines Observatoriums gegen Diskriminierung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus vorgeschlagen, um Fälle aufzunehmen und die Bemühungen zu bündeln, um gegen diese Phänomene vorzugehen. Ein Kritikpunkt ist ferner, dass im Regierungsprogramm keine Ansätze zur Stärkung des Angebots an Luxemburgischkursen zu finden seien, obwohl die Koalition ständig auf die Bedeutung der Sprache als Integrations-sprache pocht. Während die Vereinigung es begrüßt, dass sich die Regierung im Kapitel Immigration einen Groß-

„Die Regierung meint wohl,
alles sei in puncto
Integration in Butter,
das ist es längst nicht“

LAURA ZUCCOLI, ASTI-Präsidentin, über das Koalitionsprogramm



Präsidentin Laura Zuccoli sieht nicht genügend Ambitionen seitens der Koalition, um das Zusammenleben in Luxemburg stärker zu fördern
Foto: Editpress/Julien Garroy

teil der Forderungen des Luxemburger Flüchtlingsrats zu eigen macht, sorgt sie sich über die Neuaufteilung der Ressorts. So würden Aufgaben, die bislang dem „Office luxembourgeois de l'accueil et de l'intégration“ unter Aufsicht des Familien- und Integrationsministeriums zugeteilt waren, künftig an die Immigrationsabteilung des Außenministeriums überstellt. Die ASTI hofft, dass es dabei nicht zu Kompetenzgerangel oder längeren Prozeduren auf Kosten der Betroffenen kommt.

Aus dem Familien- und Integrationsministerium hieß es gestern auf Anfrage, dass es die Absicht der Regierung gewesen sei, die Zuständigkeiten deutlicher zu umfassen, vor allem auch, um Klarheit für die Betroffenen zu schaffen und man sich aufgestellt hat, um eine Integrationsabteilung auszubauen, die sich intensiver mit spezifischen In-

tegrationsprojekten befassen könne. Das Koalitionsprogramm sei durchaus auch in Sachen Integration ambitiös. Zur Kritik der ASTI, dass es in diesem Oktober keine Ausschreibungen für die Unterstützung von Integrationsprojekten gegeben habe, reagierte man dahingehend, dass die Parlamentswahlen die Ausarbeitung eines regulären Budgets für 2019 verzögert haben, dass natürlich aber weiterhin Gelder für solche Projekte zur Verfügung stehen. ●